

LANDWIRTSCHAFTSSERIE

Buchwalder: «Wir fordern korrekte Produzentenpreise»

von Daniel Haller — bz

Basellandschaftliche Zeitung • Zuletzt aktualisiert am 5.8.2014 um 10:46 Uhr

Der regionale Uniterre-Präsident Florian Buchwalder steht für die Ernährungssouveränität ein. Denn die Ernährung der Schweizer wurde zu mehr als der Hälfte vom Weltmarkt abhängen. Dies müsse geändert werden.

Herr Buchwalder, haben wir bald in der Schweiz nichts mehr zu essen?

Florian Buchwalder: Demnächst sicher nicht. Wie kommen sie darauf?

Der Bauernverband sammelt für eine Initiative zugunsten der Ernährungssicherheit, und Sie von Uniterre haben eine Initiative im Köcher zur Ernährungssouveränität. Weshalb?

Unsere Ernährung hängt zu mehr als der Hälfte vom Weltmarkt ab. Wenn sich da etwas zuspitzt, könnten wir erleben, was auch anderen Ländern schon geblüht hat.

Weshalb zwei Initiativen?

Beim Bauernverband geht es darum, wieder mehr Einfluss auf die nationale Landwirtschaftspolitik zu erlangen. Uniterre als Aktivmitglied der Via Campesina betrachtet das Problem globaler: Sicherheit ist für uns nicht, wenn wir Lebensmittel in der Not irgendwoher bestellen können. Souveränität muss mit dem Volk zusammen funktionieren und vom Volk getragen werden, nicht von einer politischen Elite. Jedes Land, gerade auch Entwicklungsländer, sollen sich zuerst selbst versorgen, bevor irgendwelche reiche Staaten bedient werden. Dabei müssen alle

mitmachen, sonst funktioniert es nicht. Da könnte die Schweiz als Sitz der UNO mit gutem Beispiel vorangehen. Der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Ernährung, Olivier De Schutter, kritisiert, dass durch den internationalen Agrarhandel die heimischen Märkte anfällig wurden für die spekulationsabhängige Entwicklung der Lebensmittelpreise. Die Schweiz wäre wirtschaftlich in der Lage, die Landwirtschaft zu fördern, um eine Selbstversorgung aufzubauen.

Der Begriff «Ernährungssouveränität» ist dehnbar: Man findet ihn im Landwirtschaftsgesetz, bei der SVP und beim Bauernverband. Was verstehen Sie darunter?

Erstens: Ernährung ist ein Grundrecht für alle auf der Welt. Zweitens muss die lokale Versorgung Vorrang haben und in diesem Sinn muss der Lebensmittelhandel reguliert werden: Dass wir anderswo mit unserer Kaufkraft stimulieren, dass Futtermittel statt Essen für Menschen produziert wird, das geht nicht. Und dass wir dann die damit bei uns produzierten Überschüsse zu subventionierten Preisen wieder exportieren und so anderswo Kleinbauern von den Märkten verdrängen, geht auch nicht. Drittens haben die Konsumenten das Recht zu wissen, was, wie, wo und zu welchen sozialen Bedingungen produziert wurde - und zwar in der ganzen Wertschöpfungskette. Der Souverän muss darüber entscheiden können.

Aber wir haben eine Demokratie. Hat da nicht das Volk das letzte Wort?

Vieles wird zwar von gewählten Volksvertretern entschieden. Doch haben die Agro- und Nahrungsmittelindustrie die meisten Mittel und in Bundesbern die stärkste Lobby. Deswegen bevorzugen die Gesetze regelmässig die chemische Industrie und den Detailhandel. So sind die Hygienevorschriften auf industrielle Verarbeitung ausgerichtet. Ein Handtuch in der Käserei gibt schon Strafpunkte ... Dies macht es für Bauern schwer, ihre Produkte traditionell herzustellen und sie selbst zu vermarkten.

Uniterre bezeichnet sich als Gewerkschaft. Wer ist der

Verhandlungs- und Sozialpartner?

Wir verhandeln mit der Politik oder der Industrie. Während der Bauernverband in erster Linie die Interessen der Betriebsleiter vertritt, versuchen wir Interessen der Landwirtschaft insgesamt einzubringen. Die offizielle Linie, dass kleine Betriebe zugunsten der grösseren aufgeben sollen, und die Fokussierung auf Spezialisierung ist aus meiner Sicht der falsche Weg. Wo das hinführt, sieht man in Deutschland oder Frankreich. Ich bin für eine breite Produktpalette, nicht für Monokulturen.

Sind alle Uniterre-Mitglieder Bio-Produzenten?

Nein. Eine Gewerkschaft kann nicht Bedingungen zur Betriebsform machen.

Uniterre kümmert sich also nicht um die Produktions-, sondern die Vermarktungsform?

Das Ziel einer Gewerkschaft ist ein anständiges Einkommen der arbeitenden Bevölkerung. Dafür fordern wir korrekte Produzentenpreise.

Angenommen, die Bevölkerung hätte bezüglich Ernährung die gleichen Ziele wie Uniterre: Wie würde man das umsetzen?

Bauern und ihre Kunden müssen sich kennen. Deshalb ist Vertragslandwirtschaft so wichtig. Konsument und Produzent hocken am Tisch und verhandeln direkt. Das läuft nicht über Entscheide an der Urne.

Aber Sie planen doch eine Initiative. Was ist den deren Inhalt?

Teilweise betrifft sie den globalen Kontext, wenn wir fordern, dass man die Nahrungsmittelspekulation verbietet und Exportsubventionen streicht. Zudem wäre es eine staatliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass wieder mehr Leute in der Landwirtschaft arbeiten.

Saisonale Arbeitskräfte mit Eidgenössischem Attest verdienen nur 3170 Franken im Monat. Ist das ein Anreiz in der Landwirtschaft zu arbeiten?

Das ist ja der Fluch! Und dann verdient er damit in der Regel immer noch mehr als der Betriebsleiter. Deshalb konnte Uniterre die Mindestlohninitiative der Unia nicht unterstützen, obwohl das jeder Einzelne als Idee befürworten würde. Aber wie soll ein einzelner Bauer das leisten? Als die Direktzahlungen eingeführt wurden, hiess es, dies sei die Kompensation für die tiefen Löhne, die für den Export nötig seien. Aber seither sind die Produktpreise um weitere 30 Prozent gesunken. Und Direktzahlungen gibt es jetzt nur noch für zusätzliche Leistungen.

Das betrifft doch Massnahmen zugunsten der Biodiversität.

Das bedeutet mehr Handarbeit für weniger Ertrag. Dann muss ich unter Umständen das Heu, das mir fehlt, zukaufen. Die Direktzahlungen decken vielleicht den Minderertrag, aber nicht die Mehrarbeit. Um das zu vertuschen, nimmt das Bundesamt für Landwirtschaft bei den Lohnvergleichen jeweils nur das oberste Quartil der Bauern. Und nun sollen die anderen Einkommen, wenn jemand noch arbeiten geht, zum bäuerlichen Einkommen dazugerechnet werden. Es ist doch verrückt, wenn man Nahrungsmittel praktisch nur noch im Nebenerwerb oder als Hobby produzieren kann. Und am Schluss hört man, die Preise seien immer noch zu hoch.

Wie viele Mitglieder hat Uniterre in der Nordwestschweiz?

Gesamtschweizerisch sind wir rund 1200, in der Region rund 25 Bauern: Kaum fingen wir hier vor fünf Jahren an, wurde für die geplante Initiative der Mitgliederbeitrag von 180 auf 400 Franken hochgesetzt. Zwar wurde inzwischen der Beitrag wieder auf 250 Franken gesenkt. Aber da die Organisation noch nicht richtig verankert war, sind viele wieder abgesprungen.

25 ist extrem wenig, allein im Baselbiet gibt es über 900 Höfe.

In der Westschweiz existiert Uniterre seit 60 Jahren. In der Deutschschweiz heisst es immer: «Wir können als Betriebsleiter nicht mit den Angestellten zusammen eine Gewerkschaft bilden.» Ich bin aber überzeugt, dass Bauern, Angestellte und Konsumenten im gleichen Boot sitzen.

Sie plädieren für Nahrung aus der Nähe. Würde da nicht eine Devisenquelle der Entwicklungsländer fehlen?

Diese Devisenquelle ist ein Trugschluss, denn dabei vergisst man das Volk, das daneben hungert. Da werden Nahrungsmittel verkauft, die man mit viel Energieaufwand um den Globus karrt. Die Hälfte geht dabei kaputt. Und die Produzenten erhalten vom Endpreis den geringsten Teil.

Ist die Vorstellung der lokalen Ernährung in einer globalisierten Welt überhaupt noch möglich?

Irgendwann werden gewisse Nahrungsmittel fehlen, etwa wegen des sich erschöpfenden Öls oder eines Wirtschaftskriegs. Dann stellt sich die Frage nicht mehr. Dann kommt auf den Tisch, was da ist.

Aber die Schweiz versorgt sich derzeit nur zu rund der Hälfte selbst. Wie kann man Anbau mit heutigen Löhnen in den steilen Hängen, die der Landwirtschaft am Schluss noch bleiben, auf 100 Prozent steigern?

Deshalb müssten die Produktpreise auf ein anständiges Niveau steigen.

Mit steigenden Preisen nähme aber der Einkaufstourismus zu.

Darum sind globale Lösungen nötig. Subventionierte Dumpingpreise muss man abschaffen. Zudem muss man die Grenze schützen: Man kann nicht einfach alles importieren, nur weil es billiger ist.

Aber hat die Schweiz nicht genug Kaufkraft, dass sie sich auch in Krisensituationen ernähren könnte?

So denkt vielleicht Bundesrat Schneider-Ammann. Aber die Devisen haben wir doch je länger je mehr, weil wir Rohstoffkonzerne ansiedeln, die von hier aus in korrupten Staaten auf Kosten des Volks kriminelle Gewinne machen. Oder russische Oligarchen kaufen immer mehr Firmen der Schweizer Industrie. Wenn die sich anders entscheiden, sind die Unternehmen plötzlich anderswo. Es bleibt nicht alles so, wie es heute läuft.